



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/89

17. April 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

---

Der Vatikan und die Oder-Neisse-Linie	S. 1
Österreichs Exekutive kommunistisch verseucht	S. 3
Zum Kapitel Souveränität	S. 4

---

## Des Papstes Mühlen mahlen langsam

---

nä. Der Hast der Welt begegnet der Papst mit Geduld. Auf die atemlose Frage eines Journalisten, wann endlich der Vatikan durch Ausgrabungen bestätigen werde, dass unter dem St. Petersdom die Gebeine des Apostels Petrus lägen, kam eine klassische Antwort des ewigen Roms: Wenn die Welt fast zwei Jahrtausende auf diese Gewissheit gewartet hat, wird sie auch noch ein weiteres Jahr warten können.

Auf den Versuch Polens, vom Heiligen Stuhl irgendeine Bestätigung seiner heutigen Staatsgrenze an der Oder und Neisse zu erlangen, antwortete der Vatikan ähnlich. Er liess warten: Die polnische Regierung auf ihre Anerkennung, den Primas von Polen auf eine Einladung zum Heiligen Jahr und die polnische Kirchenverwaltung in den annektierten deutschen Diözesen auf die Errichtung ständiger polnischer Bischofssitze.

Schon im Vorjahre hatte das kommunistische Polen den polnischen Episkopat vertraglich verpflichtet, den Vatikan zu bewegen, dass die provisorisch eingesetzten polnischen Geistlichen in den besetzten deutschen Gebieten bestätigt werden, was einer Anerkennung des polnischen Status dieser Gebiete durch Curie gleichkäme.

Aber dem Papst kann dieser Wunsch kein Problem werden. Er kann den Besuch des polnischen Primas als einen der alle vier Jahre üblichen Informationsbesuche auffassen. Ein polnischer Staat, der ihm die Frage nach der Gültigkeit der Oder-Neisse-Grenze stellen könnte, existiert für ihn nicht. Er hat ihn noch nicht anerkannt. Die endgültige Einteilung der Diözesen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten will der Vatikan, so erklärte er bereits 1945, erst nach einem Friedensvertrag vornehmen. Eine vorsichtige Politik, die keine fatalen staatsrechtlichen Präjudizien schafft. Eine weitsichtige Politik, die für einen Aussenminister, der jetzt nach Paris fuhr, vorbildlich sein könnte.

Und doch hat der Heilige Stuhl ein kleines Zeichen gegeben, wie er zur Frage der Oder-Neisse-Linie steht. Er hat den Prälaten Kather als Kapitularvikar des Bischofs von Ermland anerkannt. Prälat Kather lebt in Westdeutschland, der Papst lässt also de jure dieses Gebiet durch die vertriebene ostpreussische Geistlichkeit und nicht durch das von den Polen nach Frauenburg verlegte Bistum verwalten. Das ist bei der vorsichtigen Politik des Vatikans eine nicht zu übersehende Geste. Prälat Kather, ein Bruder des Bundestagsabgeordneten, nimmt auch als offizieller Vertreter des Bistums an der Fuldaer Bischofskonferenz teil.

Rom gegen Moskau, Vatikan contra Kraml, so heisst letztlich das ungeheure, stille Ringen, das die Reise des Primas von Polen für Stunden durch ein paar Zeitungsmeldungen laut werden liess. Beide Kontrahenten planen ihre Züge nicht in Tagen, Wochen und Monaten. Beide, so verschieden sie sind, rechnen mit Jahren, Jahrzehnten. Aber die Macht im Osten befindet sich jetzt in Zeitdruck. Rom nicht. Rom hat Zeit, nach wie vor. Ein Ehe Streitverfahren, das von der Curie bearbeitet wird, überlebt nicht selten die Antragsteller. Das Marien-Dogma wurde vor der Verkündung zwölf Jahre beraten. Eine Heiligsprechung dauert Jahrzehnte. Das geniale musikalische Ohr eines Mozarts konnte zwar dem päpstlichen Kastratenchor das geheime Notenbild des "miserere" entlocken, aber niemanden - auch einen Wyszynski nicht - wird es gelingen, dem Vatikan eine eilige politische Entscheidung zu entreissen.

Die Laus im österreichischen Palz

P.Wien, im April.

Ähnlich wie die SED führt die österreichische KP gegenwärtig einen inneren Feldzug, in dem die absolut Verlässlichen darauf gedrillt werden, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass der "Umsturz" nicht durch Hilfe von aussen, sondern nur aus eigener Kraft erfolgen werde. Die Gefahr ist nicht so gross wie es scheint. Trotzdem lehrt die Erfahrung, dass einem lauen Gegner leicht das Heft aus der Hand entgleitet, wenn ihm wenige Beherrzte entgegentreten. Diese Erkenntnis wird in Österreich in der jüngsten Zeit von Überlegungen über die Zuverlässigkeit der Exekutive überschattet.

Kürzlich stattgefundene Wahlen in die Beamtengewerkschaft im Bereich der Polizei zeigten blitzartig eine Gefahr auf, die dem Durchschnittsösterreicher bisher so gut wie verborgen geblieben war. Es stimmten nämlich 5.547 Sicherheitswachleute in Wien für die beiden Regierungsparteien (ÖVP und SPÖ) und nicht weniger als 1.070 für die KP. Die Kriminalbeamten stellten 579 für die Regierung und 310 für die Kommunisten, in der Verwaltung stehen 36 Stimmen des Regierungsblocks 31 kommunistischen Stimmen gegenüber und selbst im Polizeipräsidium fanden sich unter 113 Wahlzetteln 23 der KP.

Dieser starke kommunistische Einfluss geht auf das Jahr 1945 zurück, als die Rote Armee eine "verlässliche" österreichische Hilfspolizei aufstellte und diese mit Hilfe des kommunistischen Staatssekretärs Honner in die Staatspolizei überführte. Es handelt sich um nicht weniger als 15.000 Mann. Die kommunistischen Häupter gingen später aus der Regierung, die kommunistische Truppe blieb. Selbstverständlich genossen diese Beamten den Schutz der russischen Besatzungsmacht, während Beamte, die nicht das kommunistische Parteibuch in der Tasche haben, von den Russen wegen angeblicher "antisowjetischer Einstellung" abgelehnt wurden.

Nun erstreckt sich die Macht der Sowjets und damit der kommunistischen Polizisten nur auf die Ostzone Wiens. Bedenkt man jedoch, dass alle grossen innenpolitischen Entscheidungen letztlich doch in der Bundeshauptstadt fallen und dass unter Umständen "die Strasse"

eine nicht unwesentliche Rolle daher spielt, so erscheint die kommunistische Verseuchung der Wiener Staatspolizei in anderem Licht. Welche Bedeutung nur einzelne Beamte haben können, die fremden Befehlen gehorchen, wurde bei dem herbstlichen KP-Putschversuch der Öffentlichkeit vor Augen geführt. Mehrere Bezirkskommandanten der österreichischen Polizei in Wien hatten damals für die Ruhestörer Partei ergriffen und waren auch dann auf ihren Posten verblieben, als sie vom Innenminister dienstenthoben wurden. Denn die österreichische Regierung besitzt aufgrund des Kontrollabkommens das Recht und die Pflicht, selbst für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. In der Folge weigerten sich die Russen, die Suspendierungen anzuerkennen und selbst der Innenminister musste dieser Tage zugeben, es sei schwierig gegen die in der Wiener Exekutive nistenden Staatsfeinde etwas zu unternehmen, da ja die KP gesetzlich nicht verboten sei. Die kleinen Krawalle, die etliche Polizeikommissariate im Ostsektor Wiens kürzlich inszenierten, unterstreichen deutlich, in welcher delikater Lage sich die österreichischen Kommandostellen befinden, weil sie nicht damit rechnen können, dass in ernster Stunde jeder Beamte auf seinem Posten steht.

+ + +

#### Gleichberechtigung mit Vorbehalt

-----

-e. In ihrer Direktive Nr. 6 stellt die Hohe Kommission fest, die Bundesregierung könne über die Erneuerung der alten Reichsverträge verhandeln und entsprechende Vereinbarungen treffen. Die Hohe Kommission behalte sich jedoch das Einspruchsrecht vor und würde in den Fällen entscheiden, in denen die Bundesregierung nicht bereit sein sollte, dem Verlangen eines anderen Landes auf Erneuerung eines alten Reichsvertrages nachzukommen. Eine solche Entscheidung des Petersberges würde nicht vor dem Ablauf von sechs Monaten erfolgen. Soweit die Direktive. Ihr Positivum liegt in der grundsätzlichen Bestätigung der Rechtsnachfolge der Bundesregierung gegenüber der Reichsregierung. Aber dieses Positivum wird durch das Einspruchsrecht der Hohen Kommission massgeblich eingeschränkt, denn jeder Staat, der durch den Austausch diplomatischer Vertreter die Bundesregierung als die einzige deutsche Regierung anerkannt hat, kann sich über das damit akzeptierte Hoheitsrecht der Bundesregierung hinwegsetzen und statt

dessen die Souveränität der Hohen Kommission in Anspruch nehmen, sobald es um eine so wichtige Sache wie die Erneuerung eines Reichsvertrages geht. Man könnte dieses Recht den Hohen Kommissaren ohne Bedenken bei deutschen Verträgen mit den USA, England und Frankreich einräumen, weil diese Staaten keine Botschafter bei der Bundesregierung haben, keineswegs aber bei Verträgen mit anderen Ländern. Die Länder, deren Botschafter dem Bundespräsidenten ihr Beglaubigungsschreiben überreichten, erkennen doch ausdrücklich die Bundesregierung und nicht die Hohe Kommission als die deutsche Regierung an. Das war ja einer der winzigen Fortschritte bei der "kleinen Revision des Besatzungstatuts". Die Direktive Nr. 6 ignoriert diesen Fortschritt, indem sie die kaum hergestellte Gleichberechtigung zwischen der Bundesregierung und den bei ihr akkreditierten Staaten aufhebt. Wozu dann überhaupt Bestimmungen, dass die Bundesregierung de jure anerkannt werden kann, wenn die formal bewilligten Kompetenzen durch "Direktiven" erneut in Frage gestellt werden?

Die Anfänge einer deutschen Aussenpolitik sind durch so viele Verbote, Vorbehalte, Einschränkungen und Einspruchs-"Rechte" charakterisiert, dass die Partner Westdeutschlands bei internationalen Gesprächen ohnehin der Versuchung erliegen könnten, "direkt" mit der Hohen Kommission zu verhandeln. Wenn sie es aus einer grösseren Einsicht, als sie bei den drei Besatzungsmächten zu registrieren ist, nicht tun, dann sollten nicht Petersberger Direktiven die "erlaubten" Bemühungen der Bundesregierung um neue Verträge desavouieren. Den Beamten, die diese Direktive ausgearbeitet haben, ist sicher nicht der grösste Vorwurf zu machen. Solange das deutsch-alliierte Verhältnis nicht in einer Generalbereinigung normalisiert wird, werden sich immer weniger Experten durch die Widersprüche finden, die unvermeidlich sind, solange über der Bundesregierung auch der Petersberg regieren will.

+ + +

#### Pumpernickel nur in HO-Läden

(sp) Allen Privatbäckereien ist der Handel mit Pumpernickel, Steinmetz und besonderen Brotsorten verboten worden. Diese Backwaren dürfen in Zukunft nur noch durch die Handelsorganisation (HO) verkauft werden. Der Grund dafür ist ein Umsatzrückgang der HO nach Aufhebung der Rationierung von Brot und Mehlerzeugnissen. Bei einem weiteren Rückgang ist ein Herstellungs- und Verkaufsverbot für Weissbrot und Feinbackwaren zu erwarten. Durch die Monopolisierung hofft man, die HO-Umsätze wieder zu beben.

-----  
Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt